

Soziale Politik mit Weitblick

Koalition steht für verlässliche und zukunftsfähige Sozialpolitik

In dieser Woche hat der Deutschen Bundestag drei Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, mit denen die christlich-liberale Koalition einmal mehr unter Beweis stellt, dass sie für verlässliche und zukunftsfähige Sozialpolitik steht. So werden die Beiträge der gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt, die Verdienstgrenzen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung angepasst und Länder und Kommunen bei der Grundsicherung entlastet.



Foto: picture alliance / dpa-Zentralbild

Der Bundestag hat in dieser Woche gleich drei sozialpolitische Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht. Am Donnerstag stand zunächst das Beitragssatzgesetz 2013 auf der Tagesordnung, mit dem die Beitragssätze in der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung für das Jahr 2013 festgesetzt werden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht eine Absenkung der Rentenbeiträge vor – auf 19,0 Prozent in der allgemeinen und 25,2 Prozent in der knappschaftlichen Rentenversicherung. Dadurch sinken die Arbeitskosten in der Wirtschaft, das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt. Dies entlastet Arbeitgeber und Beschäftigte und stärkt die Beschäftigungsentwicklung und das Wirtschaftswachstum.

Mit ihrem Gesetzentwurf zur geringfügigen Beschäftigung – der in dieser Woche ebenfalls in erster Lesung behandelt wurde – sorgt die Koalition für mehr soziale Gerechtigkeit im Bereich der geringfügigen

**Zukunftsfähig
und verlässlich**

Beschäftigung. Denn während die durchschnittlichen Löhne und Gehälter in den letzten 10 Jahren gestiegen sind, sind die Höchstgrenzen für geringfügig entlohnte Beschäftigung (sog. Minijobs) und Beschäftigung in der Gleitzone (sog. Midijobs) seit dem Jahr 2003 unverändert geblieben. Mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen werden nun die Verdienstgrenzen für Mini- und Midijobs der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst.

Gleichzeitig behält die Koalition bei ihrer Sozialpolitik auch die Länder und Kommunen im Blick. So wird der Bund bis zum Jahr 2014 in mehreren Schritten stufenweise die Kosten der Grundsicherung übernehmen. Durch die Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen allein im Zeitraum 2012 bis 2016 voraussichtlich um rund 20 Milliarden Euro. Damit schafft die christlich-liberale Koalition die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Auch in einer Koalition ist das Verhalten von Partnern manchmal nur schwer nachvollziehbar und strapaziert Geduld und Nerven. In einer solchen Situation kann ein Gedanke daran helfen, für wen man Politik macht. Beim Betreuungsgeld sind das die rund zwei Drittel der Familien im Land, die ihr Kind in den ersten Lebensjahren selbst betreuen oder die Betreuung privat organisieren möchten.



Für diese Familien wird die CSU-Landesgruppe weiter in Ruhe und ohne Aufregung am Ziel arbeiten, das Betreuungsgeld im Jahr 2013 einzuführen. Spätestens wenn der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder ab 12 Monaten greift, muss es auch das Betreuungsgeld geben. Denn wir können nicht auf der einen Seite einen Anspruch auf staatliche Betreuung geben und auf der anderen Seite die Familien alleine lassen, die ihr Kind nicht direkt nach dem ersten Lebensjahr in eine Kita geben wollen.

Die Union hat sich auf eine gemeinsame Linie beim Betreuungsgeld geeinigt, genau dies hat die FDP zu Recht seit längerem angemahnt. Dabei kann die Unionslinie niemanden überrascht haben, die Vorschläge werden seit Monaten diskutiert. Das gilt für die Schaffung eines Anreizes zur Einzahlung in die private Altersversorgung ebenso wie für die Idee einer Verknüpfung mit dem Besuch der wichtigen Kindervorsorgeuntersuchungen. Wenn der Koalitionspartner andere Vorstellungen zum Betreuungsgeld hat, müssen diese auf den Tisch. Es ist daher erfreulich, dass auch bei der FDP jetzt Überlegungen angestellt werden. Für die Familien im Land wäre es gut, wenn die Vorschläge jetzt zügig kämen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Schienenbonus soll abgeschafft werden

Schutz der Bevölkerung vor Bahnlärm ist ein zentrales Anliegen der Koalition

Nachdem zuvor die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen hatte, dass das Lärmprivileg der Schiene fallen und der Schienenbonus abgeschafft werden soll, hat sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit der entsprechenden Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes in erster Lesung befasst.

Durch den wachsenden Güterverkehr, Hochgeschwindigkeitszüge und schnellere Zugfolgen steigt die Belastung von Menschen, die an stark befahrenen Schienenabschnitten wohnen. Der Schutz dieser Menschen vor übermäßigem Bahnlärm ist ein zentrales Anliegen der Unionsfraktion und der CSU-Landesgruppe. Die Koalition setzt daher ihr Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nun konsequent um und schafft den sogenannten „Schienenbonus“ ab. Der Schienenbonus bezeichnet einen Korrekturfaktor, nach dem der Beurteilungspegel für die festgelegten Geräuschpegelgrenzwerte beim Schienenverkehr jeweils um 5 dB(A) geringer ange-



Foto: picture alliance / J.W.Aiker

setzt wird als beim Straßenverkehr. Dieser pauschale Korrekturfaktor ist nicht mehr zeitgemäß. Die neuen Lärmschutzregelungen sollen für den Bau neuer Streckenabschnitte spätestens mit Inkrafttreten der nächsten Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes 2016 gelten. Zusätzlich zur Abschaffung des

Schienenbonus haben die Koalitionsfraktionen am Donnerstag im Bundestag die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich über die Gesetzesänderung hinaus weiter für den Lärmschutz einzusetzen. Vor allem muss der Lärm an der Quelle – also am rollenden Material selbst – reduziert werden. Die CSU-Landesgruppe um Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer engagiert sich weiter konsequent für den zügigen Einsatz neuer Brems-technologien und die Einführung eines Systems lärmabhängiger Trassenpreise. Mit diesem soll der Lärmschutz für die betroffenen Bürger ab dem Fahrplanwechsel 2012/13 zusätzlich verbessert werden.

Diese Woche

Soziale Politik mit Weitblick

Koalition steht für verlässliche und zukunftsfähige Sozialpolitik 1

Schienenbonus soll abgeschafft werden
Schutz der Bevölkerung vor Bahnlärm ist ein zentrales Anliegen der Koalition 2

Mietrechtsänderungsgesetz
Mehr Anreize zu Gebäudesanierungen 2

Stehende Ovationen für den Kanzler der Einheit
Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl besucht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 3

Patientenrechtegesetz
Bundesregierung stärkt Patienten 4

Dr. Friedrich Zimmermann im Alter von 87 Jahren verstorben
CSU-Landesgruppe würdigt die Verdienste des ehemaligen Ministers und Landesgruppenvorsitzenden 4

ESM-Vertrag
Koalition beweist Handlungsfähigkeit 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Mietrechtsänderungsgesetz

Mehr Anreize zu Gebäudesanierungen

Der Deutsche Bundestag hat sich am Donnerstag in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, mit dem das Mietrecht geändert und die energetische Gebäudesanierung im Zuge der Energiewende weiter umgesetzt werden soll.

In Deutschland gibt es fast 40 Millionen Wohnungen, davon knapp 24 Millionen Mietwohnungen. Gleichzeitig ist der Gebäudebereich ein schlafender Riese, denn rund 40 Prozent



Foto: picture alliance / Klaus Ohlenschläger

des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf ihn. Das im Bereich der Mietgebäude liegende Effizienzpotential muss genutzt werden, um die angestrebten Klimaziele erreichen zu können. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung nun eine Änderung des Mietrechts auf den Weg gebracht, mit dem weitere Anreize für Eigentümer zu energetischen Sanierungsmaßnahmen gesetzt werden. Im Falle energetischer Sanierungsmaßnahmen an Miethäusern und Mietwohnungen sollen für einen Zeitraum von drei Monaten Mietmin-

derungen zukünftig ausgeschlossen werden. Ist die Wohnung unbenutzbar, bleibt das Mietrecht jedoch in vollem Umfang erhalten. Dadurch werden die Eigentümer von Wohngebäuden gestärkt und Anreize für Vermieter geschaffen, das enorme Effizienzpotential im Gebäudebereich weiter zu heben. Auch die Mieter profitieren von den energetischen Sanierungen, da die Nebenkosten im Anschluss an die Sanierung sinken. Somit kommen die Neuerungen Vermietern und Mietern in ausgewogener Weise zugute. Neben den Vorgaben zur energetischen Gebäudesanierung sollen Vermieter durch die Mietrechtsnovelle zukünftig auch besser vor Fällen von sog. „Mietnomadentum“ geschützt werden.

Stehende Ovationen für den Kanzler der Einheit

Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl besucht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Anlässlich des 30. Jahrestages seiner erstmaligen Wahl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat der frühere Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in dieser Woche die CSU/CSU-Bundestagsfraktion besucht und an der Fraktionssitzung teilgenommen. Mit stehenden Ovationen haben Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt und Bundeskanzlerin Angela Merkel den Kanzler der Einheit bei seinem Besuch geehrt.

Am 1. Oktober 1982 wählte der Deutsche Bundestag Dr. Helmut Kohl zum Bundeskanzler. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und des schwachen Wirtschaftswachstums wollten die Menschen in unserem Land einen Neuanfang. Dies haben sie ein halbes Jahr später bei der Bundestagswahl 1983 auch eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Unter Führung von Helmut Kohl hat die Koalition die Politik des Landes neu ausgerichtet:

Zurück zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, Stabilisierung der Sozialbeiträge und Sanierung des Staatshaushalts waren wichtige Stichworte. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft wurden wieder miteinander verbunden. Auch außenpolitisch hat Helmut Kohl die Bundesrepublik Deutschland wieder fest im der westlichen



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt konnte am Dienstag zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel den früheren Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßen.

Werte- und Sicherheitsgemeinschaft verankert. Frieden und Freiheit gehörten für ihn immer untrennbar zusammen. Sein Festhalten am NATO-Doppelbeschluss wird heute auch von damaligen Gegnern als richtig bezeichnet. Genauso unbeirrt hat Helmut Kohl am Ziel der Einheit Deutschlands festgehalten – auch und gerade in einer Zeit, als SPD und

SED in Ost-Berlin gemeinsam Grundwerte ausloteten. Helmut Kohl dagegen hat Klartext gesprochen und überzeugt – zwei Jahre später haben die Menschen in der DDR mit der friedlichen Revolution die Herrschaft der SED überwunden. Und Helmut Kohl war es, der unbeirrt und zielstrebig die historische Chance zur glücklichen Wiedervereinigung unseres Landes ergriff. Zu Recht wird er daher als „Kanzler der Einheit“ bezeichnet. In der Fraktionssitzung

betonte Helmut Kohl in dieser Woche, dass Deutschland nur in und mit Europa gelingen könne – keinesfalls aber gegen Europa. Kohl forderte die Abgeordneten daher auf, weiter für Europa zu kämpfen und die Gemeinschaft auszubauen. Gleichzeitig betonte Kohl, die Leistungen seiner Fraktion seit Gründung der Bundesrepublik seien absolut beispielhaft.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Koalition gegen Vermögensabgabe

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche mit dem Vorschlag befasst, eine Vermögensabgabe einzuführen mit der Bundes-Garantien im Umfang von über 150 Milliarden Euro zugunsten maroder Banken und der Maßnahme zur Stabilisierung des Finanzsystems und der Konjunkturpakete finanziert werden sollten. Besonders Wohlhabende sollten hiernach abgabepflichtig werden und jährlich eine Abgabe von 1,5 Prozent ihres Vermögens bezahlen. Bereits jetzt bezahlen rund zehn Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent der Einkommenssteuer. Eine zusätzliche Vermögensabgabe würde damit eine unverantwortliche und nicht gerechtfertigte Substanzsteuer darstellen. Daher lehnt die Union die Einführung einer Vermögensabgabe klar ab.

Mehr gute Arbeit, weniger Arbeitslose

Am Donnerstag hat die Agentur für Arbeit die Arbeitsmarktdaten für September bekannt gegeben. Diese zeigen, dass der Arbeitsmarkt unter der christlich-liberalen Koalition weiter auf der Erfolgsspur bleibt: Weniger Arbeitslose, mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und fast 500.000 offene Stellen. Dabei schafft die Koalition nicht nur mehr, sondern auch bessere und sichere Arbeitsplätze, von denen die Menschen leben können. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Beschäftigten mit einer unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstätigkeit um über 600.000 angestiegen. Deutschland bleibt damit der Taktgeber in Europa. Mit nur 3,5 Prozent Arbeitslosen ist Bayern einmal mehr besonders erfolgreich.

Deutsche Steueransprüche durchsetzen

Der Finanzausschuss des Bundestages hat in dieser Woche eine öffentliche Sachverständigenanhörung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt beschlossen. Mit dem Steuerabkommen werden die seit Jahrzehnten offenen gebliebenen Fragen der Besteuerung von Kapitalerträgen deutscher Anleger in der Schweiz geregelt – in einem fairen und ausgewogenen Verfahren, das die Interessen beider Staaten in den Blick nimmt. Zukünftig werden Kapitalanlagen deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz genauso besteuert wie in Deutschland – ein Meilenstein zur Durchsetzung deutscher Steueransprüche.

Patientenrechtegesetz

Bundesregierung stärkt Patienten

Der Deutsche Bundestag hat sich in dieser Woche in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, mit dem die Rechte von Patientinnen und Patienten weiter verbessert und Mängel in der Patientenversorgung vermieden werden sollen.

Versicherte und Patienten erhalten im deutschen Gesundheitssystem immer mehr Eigenverantwortung – sowohl bei Fragen der Therapie als auch



Foto: picture alliance / Bildagentur online

bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen. Gleichzeitig sind die Rechte von Patientinnen und Patienten bislang uneinheitlich geregelt und oftmals wenig transparent für die Betroffenen. Die Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung deshalb verpflichtet, eine gesetzliche Regelung der Rechte von Patientinnen und Patienten zu schaffen und nun

einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Dazu erklärt der CSU-Bundestagsabgeordnete und Patientenbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Zöllner: „In der seit vielen Jahren laufenden Diskussion wird damit eine greifbare Lösung vorgelegt: Transparenz und Rechtssicherheit werden hergestellt, die tatsächliche Durchsetzung der Rechte von Patientinnen und Patienten wird verbessert.“ Das dient dem Ziel aller Bemühungen im Gesundheitswesen: einer optimalen medizinischen Versorgung.

ESM-Vertrag

Koalition beweist Handlungsfähigkeit

Das Bundesverfassungsgericht hat am 12. September den ESM- Vertrag für verfassungskonform erklärt. Die Richter hatten die Bundesregierung jedoch beauftragt sicherzustellen, dass die im Vertrag geregelte Haftungsbeschränkung sämtliche Zahlungsverpflichtungen Deutschlands aus diesem Vertrag auf insgesamt gut 190 Milliarden Euro begrenzt. Am Mittwoch hat nun das Bundeskabinett eine gemeinsame Erklärung aller Unterzeichnerstaaten und einer einseitigen Erklärung Deutschlands gebilligt. Anschließend hat die Bundesregierung den Bundestag über die Ratifizierung des ESM unterrichtet. Nun kann der ESM ohne weitere Verzögerungen in Kraft gesetzt werden. Die christlich-liberale Koalition hat damit Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene bewiesen und grünes Licht für den ESM geschaffen.

Dr. Friedrich Zimmermann im Alter von 87 Jahren verstorben

CSU-Landesgruppe würdigt die Verdienste des ehemaligen Ministers und Landesgruppenvorsitzenden

Am 16. September 2012 ist der frühere Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Bundesminister für Inneres sowie später für Verkehr, Dr. Friedrich Zimmermann, im Alter von 87 Jahren gestorben. Mit Friedrich Zimmermann verlieren Deutschland, Bayern und die CSU einen herausragenden Menschen. Die Landesgruppe trauert um Friedrich Zimmermann und würdigt seine Verdienste.

„Friedrich Zimmermann gehört zu den profiliertesten Persönlichkeiten in der Geschichte der CSU. Die Leidenschaft für Politik und seine Liebe zum Heimatland waren für ihn Richtschnur und Auftrag für sein politisches Handeln“, so würdigte die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt das Wirken eines großen Vorgängers am Schreibtisch des Landesgruppenvorsitzenden.

Mehr als 30 Jahre war Friedrich Zimmermann Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Landshut. In der Bundespolitik hat er als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe, als Bundesinnenminister und schließlich als Bundesverkehrsminister die Geschicke Deutschlands derart geprägt, dass sein Wirken noch heute im Alltag präsent ist. Dabei hat er – wie bei der Einführung des bleifreien Benzins – stets politischen Weitblick und großes Durchsetzungsvermögen bewiesen.



Foto: (c) dpa

Dr. Friedrich Zimmermann kurz vor seinem 80. Geburtstag im Juli 2005 in seinem Haus bei München

„In den 70er Jahren ist es ihm gelungen, die Rolle der CSU-Landesgruppe innerhalb der gemeinsamen Fraktion neu zu definieren und sie zur vielzitierten „Speerspitze der Opposition“ zu machen.

Kämpferisch, offensiv und rhetorisch vom Florett bis zum Säbel variierend hat er die großen politischen Auseinandersetzungen jener Jahre geprägt – von der Ostpolitik über die großen Wirtschaftsdebatten bis hin zur Bekämpfung des Terrorismus“, erinnert Gerda Hasselfeldt an Friedrich Zimmermann und ergänzt: „Friedrich Zimmermann war von Sprache und Veranlagung urbayerisch geprägt – dennoch verkörperte er zutiefst preußische Tugenden wie eisernes Aktenstudium und Fleiß, Pünktlichkeit und Harnäckigkeit sowie Entscheidungsfreude und Führungsstärke gepaart mit großer Herzlichkeit. Mein herzliches Beileid gilt seiner Frau und seiner Familie.“